



Zusammenfassung Webinar vom 3. Juni 2020

Assessing the economic impact of Covid-19 in Africa and the future of AU-EU relations

Hintergrund: 2020 sollte ein Meilenstein in der Neudefinierung der AU-EU Beziehungen werden; doch der für Oktober geplante Gipfel zwischen den beiden Nachbarkontinenten wird von der Corona-Krise überschattet. Zwar ist die Zahl der mit Covid-19 Infizierten auf dem afrikanischen Kontinent vergleichsweise gering, doch auch hier sind die schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen der Pandemie deutlich zu spüren und wirken sich auf die Beziehungen zwischen AU und EU aus. Der anhaltende Rückzug der USA aus Afrika und Chinas erfolgreiche Diplomatie in Afrika sind weitere wichtige Faktoren, die die Beziehungen Europas zu seinen afrikanischen Partnern beeinflussen.

Highlights:

- *Die Covid-19-Pandemie hat die Fragilität des wirtschaftlichen Wachstums in Afrika zu Tage befördert. Eine Erholung der wirtschaftlichen Lage könnte erst nach 2021 einsetzen.*
- *Strukturelle Reformen, insbesondere mit Blick auf klein- und mittelständische Unternehmen, den informellen Sektor, den Aufbau von Wertschöpfungsketten und die Rolle von Technologie, sind notwendig, um Afrika global wettbewerbsfähig zu machen.*
- *Die Neudefinierung der AU-EU-Beziehungen muss dazu genutzt werden, eine interessenbasierte Partnerschaft zwischen den beiden Kontinenten zu etablieren, die das Ende der Asymmetrie nicht nur verbal einfordert, sondern tatsächlich umsetzt.*
- *Mit dem globalen Rückzug der USA und der ausbleibenden Demokratisierung Chinas bietet sich Europa und Afrika die Chance, gemeinsam „global leadership“ zu übernehmen. Deutschland sollte seine EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um diesen Paradigmenwechsel in der Partnerschaft der beiden Kontinente zu vollziehen.*

Begrüßung:

- **David Schwake**
Generalsekretär, Deutsche Afrika Stiftung

Input:

- **Prof. Carlos Lopes**
High Representative of the African Union Commission
Chairperson for AU-EU relations

Diskussion:

- **Prof. Carlos Lopes**
High Representative of the African Union Commission
Chairperson for AU-EU relations
- **Dr. Obiageli Ezekwesili**
Ehem. Vizepräsidentin der Weltbank (Region Afrika)
- **James Shikwati**
Direktor des kenianischen Think Tanks Inter Region Economic Network

Moderation:

- **Sabine Odhiambo**
Stellv. Generalsekretärin,
Deutsche Afrika Stiftung

Wirtschaftliche Folgen von Covid-19 in Afrika: Zu Beginn des Jahres sah alles nach einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte Afrikas aus: 16 der weltweit am stärksten wachsenden Ökonomien 2020 sollten sich auf dem afrikanischen Kontinent befinden. Doch die Corona-Pandemie offenbarte die Fragilität dieses Wachstums, so die Diskutanten.

Insbesondere traten die weiterhin bestehenden strukturellen Schwächen afrikanischer Volkswirtschaften zu Tage. So bestehen die Exporte von 35 afrikanischen Ländern zu über 80% aus Rohstoffen, deren Preise im Zuge der Pandemie stark gefallen sind. Fehlende Transportmöglichkeiten im Zuge der Lockdowns führten zudem zu dramatischen Verlusten bei Agrarrohstoffen. Der mit 20-30% prognostizierte Rückgang von Rücküberweisungen, der Anstieg der Schuldendienstkosten, die Einschränkung des fiskalischen Spielraums und die Abwertung afrikanischer Währungen sind weitere wirtschaftliche Folgen, die zum Rückgang des Inlandskonsums führen, der, so Lopes, 2/3 des Wachstums in Afrika ausmacht. Auch habe die Krise die geringe Produktivität von afrikanischen klein- und mittelständischen Unternehmen verdeutlicht, so Shikwati. Ezekwesili sieht daher die Gefahr steigender Armut und gesellschaftlicher Destabilisierung als gegeben an. Eine Erholung der wirtschaftlichen Situation werde voraussichtlich in sehr langsamer U-Form erst im Laufe des Jahres 2021 einsetzen, so Lopes.

Maßnahmen gegen die wirtschaftlichen Auswirkungen: Auf Grund der strukturellen wirtschaftlichen Schwächen haben afrikanische Länder nicht dieselben Kapazitäten wie industrialisierte Länder, um auf externe Schocks zu reagieren, so die Panelisten einstimmig. Insbesondere könnten sie (mit Ausnahme Südafrikas) weder wirtschaftliche Anreizpakete in Höhe von 7-10% ihres BIPs auflegen, noch könnten sie zusätzliches „Geld drucken“, weil dies neben Inflation eine Rückstufung durch die internationalen Ratingagenturen und damit das Ausbleiben von Investitionen zur Folge hätte, so Lopes.

Vor diesem Hintergrund, auch hierin stimmten die Panelisten überein, erhalten *good leadership* und *public policy* besondere Bedeutung. Nur mit der richtigen politischen Reaktion könnten Konflikte vermieden werden. Ezekwesili wies in diesem Zusammenhang auf die Wichtigkeit guter Industriepolitik, die Diversifizierung der Wirtschaft und den Ausbau von Wertschöpfungsketten innerhalb afrikanischer Länder hin. Ziel müsse sein, den mit 2% sehr geringen Anteil Afrikas an globaler industrieller Fertigung zu steigern. Damit der Privatsektor nachhaltig Jobs schaffen könne, bedürfe es weiterer *public private partnerships*. Afrikanische Regierungen sollten gezielt Wachstumsförderung betreiben, die inklusiv sei, Humankapital stärke und auf digitale Wirtschaft setze. Zudem müsse die AU die Umsetzung der *African Continental Free Trade Area* (AfCFTA) trotz Corona weiter voranbringen, um den innerafrikanischen Handel zu stärken.

Um lokale klein- und mittelständische Unternehmen zu fördern, aber auch um den ausgeprägten informellen Sektor in die formelle Ökonomie einzubinden, bedarf es des Abbaus von Bürokratie und der Verbesserung des Geschäftsklimas für lokale Unternehmen. Zu oft sei Wirtschaftspolitik auf die Bedürfnisse ausländischer Unternehmen und Märkte ausgerichtet anstatt auf die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung, so Shikwati. Lopes forderte darüber hinaus die Reform afrikanischer Steuersysteme, deren Erlöse mit einem Anteil von durchschnittlich 15% am BIP deutlich unter denen der Industrienationen (durchschnittlich rd. 35%) liegen. Schuld daran sei nicht die fehlende Einbindung des informellen Sektors, sondern das Fehlen progressiver Steuersysteme und die „informality of the rich“, d.h. dass

Wohlhabende auf Grund von Steuerfreistellungen und Korruption nicht vom Fiskus belangt würden.

AU-EU Beziehungen in Zeiten von Covid-19: Die Beziehungen zwischen der AU und der EU sind nach wie vor von einem Ungleichgewicht geprägt, das es auszugleichen gilt. Die Beziehung zwischen den beiden Kontinenten sollte interessenbasiert formuliert werden und Afrika von Europa als *business case* betrachtet werden, so Ezekwesili. Eine große Herausforderung für den Erfolg des diesjährigen AU-EU-Gipfels sei derweil die fehlende Klarheit über die Rolle der AKP-Staaten, so Lopes. Aus Sicht der AU müsse jede Diskussion von Kontinent zu Kontinent, also von AU zu EU, geführt werden. Die EU gebe jedoch 48 Staaten Afrikas vor, Teil der AKP-Staaten zu sein, deren Gruppe allerdings nicht als Verhandlungspartner an die Stelle der AU treten könne.

Auch in drei der vier Schlüsselbereichen, auf die sich die AU-EU-Beziehungen konzentrieren, gibt es noch Gesprächsbedarf. Im Bereich Handel hätten die *Economic Partnership Agreements* (EPAs) zur Fragmentierung beigetragen. Jegliche Gespräche über Handelsabkommen, die erneut für 20 Jahre getroffen werden sollen, könnten nur vor dem Hintergrund der AfCFTA, also *einer* afrikanischen Freihandelszone, geführt werden. Im Bereich Migration fordert die AU ein für alle Staaten verbindliches Regelwerk und nicht die Existenz verschiedener Regelungen (wie etwa den Khartoum-Prozess, den Rabat-Prozess u.ä.). Während AU und EU sich im Bereich Frieden und Sicherheit weitestgehend einig seien, bedürfe es beim Thema Klimawandel noch einmal eines genauen Hinsehens. Der europäische *Green Deal* dürfe nicht dazu führen, dass europäische Unternehmen über indirekte Subventionen wie grüne Importbeschränkungen gegenüber afrikanischen Firmen unfaire Wettbewerbsvorteile erhielten.

AU-EU-Beziehungen und die globale Ordnung: Shikwati sieht unfaire Wettbewerbsvorteile auch in den milliardenschweren Rettungsschirmen für europäische Unternehmen, die sich afrikanische Staaten für ihre Unternehmen entweder nicht leisten könnten oder für die sie von den internationalen Finanzinstitutionen gerügt werden würden. Auch wertet er die Herangehensweise der EU, Afrika in Handelsfragen fragmentiert zu betrachten, als einen Nachteil gegenüber der Herangehensweise Chinas, welches den Kontinent als Ganzes betrachte. Gleichzeitig habe Subsahara-Afrika am gesamtchinesischen Handel lediglich einen Anteil von 4%. Wie bei der EU gebe es hier folglich noch Bedarf an einer größeren Einbindung afrikanischer Produkte. Insgesamt biete das steigende Interesse Chinas und der EU Chancen für afrikanische Länder, von einem gesunden Wettbewerb zwischen beiden Akteuren zu profitieren.

Angesichts des Rückzugs der USA von internationalen Partnerschaften und der ausbleibenden Demokratisierung Chinas fordert Ezekwesili von den Europäern mehr Mut, globale Führung zu übernehmen. Die steigende Nachfrage afrikanischer Bevölkerungen nach *good governance* belege, dass Europa und Afrika als Partner einen neuen Weg beschreiten und gemeinsam *global leadership* übernehmen könnten.

Deutschland solle seine EU-Ratspräsidentschaft in dieser Hinsicht nutzen. Auch müsse Deutschland sich dafür einsetzen, so Lopes, dass der viel berufene Paradigmenwechsel in den AU-EU-Beziehungen nicht mehr nur Worthülse sei, sondern endlich vollzogen und mit Taten untermauert würde.